

**Rede von Gerhard Kieseheuer, DVG-Ehrenvorsitzender,
vor dem Bundessozialgericht in Kassel
anlässlich der Kundgebung des DVG – Verein der
Direktversicherungsgeschädigten am 15. April 2023:**

Begrüßung der Anwesenden

„Seit viele Jahre kämpft der Verein Direktversicherungsgeschädigte e.V. gegen die sittenwidrige Zwangsverbeitragung unserer privat finanzierten - bereits in den 1970iger Jahren vom Gesetzgeber empfohlenen – Altersvorsorge seiner Mitglieder, die ab dem 1. Januar 2004 auch für lange vor diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Lebensversicherung erneut Krankenkassenbeiträge und Pflegegeld von ca. 20% zahlen müssen.

Eine ursprünglich gut gemeinte Idee wird zum respektlosen Minusgeschäft, Altersvorsorge wird konterkariert, der Gesetzgeber hat unendlich viel Vertrauen verspielt. Bestands- und Vertrauenschutz werden mit Füßen getreten, Verträge ad absurdum geführt. Die Bürger werden getäuscht, das ist respektlos und moralisch verwerflich.

Ja, ich sage ganz bewusst: „Bei der Verbeitragung unserer privaten Kapitallebensversicherung handelt es sich um das perfekte Verbrechen.“ Denn in der Drucksache des Deutschen Bundestags 7/1281 vom 26.11.1973 steht: `Die Anrechnung von Versorgungsbezügen, die auf freiwillige Beiträge des Arbeitnehmers beruhen, wird auf die betriebliche Altersversorgung untersagt.` Und dieses Gesetz wurde nie geändert. Aber alte Seilschaften von den Krankenkassen, der Politik und des BSG haben eine Möglichkeit gesucht diesen Beschluss vom 26.11.1973 zu umgehen. Sie haben ohne gesetzliche Grundlage, ohne

dass im Bundestag darüber gesprochen und abgestimmt wurde unsere private Kapitallebensversicherung den Betriebsrenten gleichgestellt, damit sie von über 6 Millionen Menschen noch einmal 20 % ihrer privaten Kapitallebensversicherung abnehmen konnten. Das sind über 10 Milliarden € Privatvermögen.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete von Kassel, Frau Ester Dilchert, nennt das ganze lapidar ein Omnibusgesetz. **Sie haben unserer Kapitallebensversicherung einfach mit in das Gesetz der Betriebsrenten aufgenommen.**

Schon 2007 urteilt das BSG hier in Kassel: `Wir entscheiden: **Alle Kapitallebensversicherungen, die im Arbeitsleben wurzeln sind eine Betriebsrente und es kommt nicht darauf an wer das Geld einzahlt.**‘

Ein Fehlurteil, dass viele Milliarden DM und Euro in die Kasse der Krankenkassen gespült hat, und um die der Arbeitnehmer betrogen worden ist und noch betrogen wird.

Freunde eine harte Aussage, aber sie stimmt. Es ist das perfekte Verbrechen. Jeder Politiker der uns ignoriert macht sich schuldig! Es ist allen verantwortlichen Personen auch egal, ob die Altersarmutsinzidenz steigt, Hauptsache sie machen sich die Taschen ordentlich mit Geld voll. Eine große Ausnahme ist die Partei von Herrn Birkwald, Die Linke.

Seit 13 Jahren kämpfe ich wie Don Quijote gegen dieses Fehlurteil, und in dieser Zeit ist die Zahl der Rentner, die in den Abfallbehältern nach brauchbaren suchen, enorm gestiegen.

Gerade ein schlimmes Bild für ausländische Zugreisende die, wenn sie in den Bahnhöfen einfahren - wie hier in Kassel- und immer mehr

Rentner sehen, die im Müll nach Verwertbaren suchen. Und dass, wie man immer hört, in einem reichen Land wie Deutschland.
Das bezeichne ich als die Altersarmutsinzidenz.

Deshalb danke ich euch sehr, dass ihr heute gekommen seid.

Wir wollen ein Zeichen setzen und darauf aufmerksam machen, dass unser Volksvertreter die Rentner, die Rentner, die diesen Staat aufgebaut haben, absichtlich arm machen und selber ganz viel Geld einstecken.

Leider ist es so. Die Rechtsprechung ist gegen uns!

Aber der Bundepräsident a.D. Wulff brachte es auf den Punkt: 'Nicht alles, was juristisch rechtens ist, ist auch richtig'!“